

Protokoll

Öffentliche Vorstandssitzung (öVS)
Mi, 03.09.2014
Restaurant Seerhein



Konstanz, 04.09.2014

Anwesenheit: (Teilnehmerliste liegt vor) insgesamt: 16, ab 20:40 Uhr (TOP 3.1) 17
3 Gäste; 3 geschf. Vorstände; 1 erw. Vorstand; Pressewart; 1 Berater, 2 ab 20:40 Uhr; 7 Mitglieder

1. Beginn um 19:10 Uhr, da Raumfrage wegen andauernder Umbauarbeiten im Tagungslokal erst seitens des Betreibers geklärt werden musste.

Herr Dr. Millauer leitete die Versammlung, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Die Protokolle der Sitzungen vom 04.06. und 02.07. wurden einstimmig genehmigt. Hinweis: Der Fehler im Protokoll 02.07. TOP 9 (Sparkassen-Wettbewerb) wurde in der Einladung zu dieser Sitzung korrigiert.

Wegen der Fernsehübertragung eines Fussballspiels strebte der Leiter ein Sitzungsende gegen 21 Uhr an.

2.1. Brückenplatz

Der Leiter und Frau Göttlich konnten über den Erfolg der Gründonnerstagaktion berichten. Nach einem Treffen im Stadtplanungsamt sind nach Mitteilung von Herrn Wichmann acht Bänke bestellt und sollen demnächst aufgestellt werden. Mit Frau Borg werde noch verhandelt über Einrichtung von Spielmöglichkeiten.

2.2. Torhaus

Auf dem Grundstück haben Bohrungen stattgefunden. Inzwischen sei eine 2. Bauvoranfrage gestellt worden. Gegen die erste hatten Anwohner bereits Einsprüche erhoben. Auch gegen die 2. Bauvoranfrage werden detaillierte Einsprüche vorbereitet. Diverse Kritikpunkte wurden erörtert sowohl baulicher Art (Gebäudehöhe, Dachgestaltung, Lärmbelastungen, Stellplatzsituation, Freiflächenverlust, Belastungen durch Verkehrssituation und Betrieb von Hotel, Gaststätte, Gewerbe etc.) als auch grundsätzlicher Art (Notwendigkeit der Bebauung, fraglicher Hotelmehrbedarf, Baumfällungen).

Der Verkauf des Geländes zur Bebauung wurde noch vom alten Gemeinderat vor der Wahl 2014 beschlossen. Eine Zusicherung, der Verkauf werde erst nach Vorlage eines genehmigungsfähigen Bauantrags entschieden, liege nicht verbindlich vor. Herr Messmer regte an, die Lärmschutzinitiative in die Argumentation gegen befürchtete Lärmbelastungen einzubinden. Frau Göttlich sah es durch die Neuwahl des Gemeinderats mit veränderter Zusammensetzung als lohnenswert an, erneut und weiterhin seitens der BGP Stellung zu beziehen, um das Torhausgrundstück doch noch als Freifläche erhalten zu können. Die Behauptung einer drohenden Konventionalstrafe bei Abkehr von den Verkaufsabsichten sei nicht stichhaltig.

Beschlossen wurde, dass Herr Dr. Millauer federführend eine Stellungnahme der BGP an die Stadt anfertigt.

2.3. Seerhein-Nachtruhe

Durch nachdrückliches Einfordern des städtischen Vorschlags eines Runden Tisches seitens BGP und Lärmschutzinitiative fand am 14.08. zum Thema „Öffentliche Sicherheit und Ordnung am Rhein- und Seeufer“ ein Gespräch mit diversen Amtsvertretern statt ohne den OB. Ein Protokoll der Sitzung liegt noch nicht vor und wurde seitens der BGP bereits angefordert (Herr Dr. Millauer).

Herr Felgenhauer (Polizeipräsidium Konstanz) bot an, dass in den Sommermonaten an den Wochenenden zweimal am Seerhein Streifen fahren (23 Uhr und 01 Uhr nachts). Ein Gemeinderatsbeschluss über einen kommunalen Ordnungsdienst mit einem diskutierten jährlichen Kostenrahmen von 500.000 EUR steht noch aus. Nach Einschätzung der städtischen Vertreter sei dieser frühestens 2015 einsatzbereit. Zuständig für die Einhaltung von Nachtruhe und Polizeiverordnung sei letztlich der OB als Leiter der Ortspolizeibehörde.

Frau Rindt (Südkurier) stellte die Frage nach dem Zweck der von der BGP erfolgten öffentlichen Klageandrohung. Antwort von Herrn Dr. Millauer und Herrn Horne: Zum einen soll durch ein Rechtsgutachten eines Anwalts von Hofgartenanwohnern die Verantwortlichkeit klargestellt werden, zum anderen soll der Dialog mit der Stadt zu einem die Rechte der betroffenen Bürger wirksam schützenden Ergebnis führen. Auch der Einsatz eines bisher mit „Security“ beschriebenen privaten Ordnungsdienstes als Sofort- oder Zwischenlösung soll weiter verfolgt werden.

Anwohner hätten aus Resignation keine Beschwerden mehr gemeldet. Es habe auch Wegzüge gegeben. Herr Link verwies auf die Bedeutung der Dokumentation von Einzelbelegen zu den Störereignissen.

Lärmmessungen haben nicht stattgefunden. Das 2013 im Auftrag der Stadt von Frau Dr. Becker erstellte Mediationsgutachten hatte ergeben, dass die beklagten Zustände tatsächlich gegeben sind und stellt so eine De-facto-Dokumentation dar. Zudem hatte das Gutachten die Mediation als nicht zielführend erkannt, da keine eingrenzbar Störgruppe erkennbar sei.

Es soll eine Pressemitteilung von Herrn Horne erarbeitet werden, in der auch das Angebot von Frau Popanda (städt. Beauftragte für Kriminalprävention), einen Präventionsrat einzurichten, Erwähnung findet. Für den Herbst sollen Gespräche mit den Fraktionen anberaunt werden.

2.4./2.5 Kinderspielplatz WOBAK – Kinderspielplätze Petershausen

Auf den Brief von Herrn Harris mit Vorschlag zum Bahnhof Petershausen kündigte Herr Wichmann vom Planungsamt an, sich des Themas im September generell anlässlich einer Stadtteilbegehung anzunehmen. Herr Link berichtete, ihm sei in der Stadtverwaltung versichert worden, bei Einzug von Kleinkindern werde auf die Errichtung von LBO-Spielplätzen (hausnah, für Kinder bis 6 Jahre) geachtet. BM Langensteiner-Schönborn hatte am 22.07. anlässlich einer Südkurier-Podiumsdiskussion zugesichert, bei allen Neubauvorhaben würden die LBO-Spielplätze berücksichtigt (Herr Stobinski).

Mehrere Teilnehmer der öVS stellten fest, in der Praxis gebe es konkrete Beispiele der Nichtumsetzung. Auch sei die erforderliche Fläche oft nicht vorhanden. Herr Veraart verwies auf Neubaugebiete an der Jacob-Burckhardt-Straße.

Die BGP hatte bereits ein Informationsblatt für betroffene Eltern vorgestellt. Im Rahmen der zugesagten Begehung soll geklärt werden, wie eine möglichst effektive Verbreitung erreicht werden kann und welche Maßnahmen der Stadt wünschenswert sind. Herr Messmer wies auf die stadtteilübergreifende Bedeutung des Themas hin und regte an, den Teilnehmerkreis der Begehung zu erweitern (interessierte Gemeinderäte, andere BGs).

2.5. Ampel Reichenaustraße/ Hindenburgstraße

Seitens der Stadt gebe es tel, Zusagen (Herr Fuchs, Herr Heier), im Herbst würden die Aufträge vergeben und die Ampel bis Ende 2014 installiert werden.

2.6. Grundsteinlegung Gemeinschaftsschule

Die Einladung zur Teilnahme war nur an Herrn Dr. Millauer gerichtet. Aus diesem Anlass wurde gebeten, grundsätzlich auch nur an ein Vorstandsmitglied gerichtete Informationen immer allen Vorständen weiterzuleiten, Satzungsgemäß ist eine Außenvertretung mit wenigstens zwei Vorständen erforderlich.

Herr Messmer und Herr Stobinski berichteten von ihrer Teilnahme an einem Baustellentermin am 31.07. zur Unterstützung der Nachbarschaft an möglichst belastungsarmen Bauarbeiten und kinderschützender Baustellenabsicherung. Frau Göttlich berichtete von ohrenbetäubenden Rammarbeiten auf der Baustelle. Herr Stobinski wird mit unserem Mitglied Herrn Simon (dortigem Nachbar „Sunny Solar“) Kontakt aufnehmen für einen Lagebericht.

2.7. Sparkassen-Förderung

Frau Göttlich hatte die Wettbewerbsunterlagen gesichtet. Im Vergleich mit dort teilnehmenden Projekten erschien ihr eine Teilnahme der BGP wenig aussichtsreich. Auf <http://www.vereinsdings.de/> sind die Projekte und deren Ranking im Wettbewerb einsehbar.

2.8. Z-Brücke

Im Gemeinderat wurden der Bau und die Finanzierung beschlossen. 2015 soll Beginn sein, Fertigstellung 2016. „Die Bürgergemeinschaft Petershausen hat lange für den Bau gekämpft.“ (Zitat Südkurier, 15.08).

3.1. Petershauser Straße 30 km/h - Radfahrstraße

Ziel der Diskussion war eine Stellungnahme der BGP. Der Leiter stellte im Plenum zur Abstimmung zunächst die Errichtung einer 30 km/h Zone für Jahn- und Petershauserstraße auf der Fahrbahn anstelle abgetrennter Radwege zwischen Fußweg und Parkstreifen, was einhellige Zustimmung fand. Der weitergehende Vorschlag zur Errichtung einer Fahrradstraße mit lediglich Anliegerverkehr für Kraftfahrzeuge in Fortsetzung der rechtsrheinischen Fahrradstraße fand drei Befürworter. Im Vorstand ergab sich ein Abstimmungs-gleichstand von je zwei Stimmen. Der Sitzungsleiter, der satzungsgemäß dann den Ausschlag gibt, folgte dem Meinungsbild des Plenums. Die BGP votiert im Konsens für die Errichtung einer 30 km/h-Zone.

Herr Messmer wies hin auf den argumentativ fundierten Brief der BGP an OB Burchardt und die Fraktionen vom 02.10.2013, der dezidiert die Einrichtung einer Tempo 30-Zone forderte. Es gelang dadurch, die Vielzahl der berechtigten Bürgeransprüche zusammenzuführen.

3.2. Bürgerbeteiligung

Anlass war die Aufforderung des Bürgerbeteiligungsbeauftragten der Stadt, Herrn Schröpel an Konstanzer Bürgergemeinschaften, bis zum 26.09.2014 einen gemeinsamen Vertreter zu benennen für die vom Gemeinderat beschlossene Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Bürgerbeteiligung.

Einhellig wurde das Ansinnen der Stadt abgelehnt, Bürgergemeinschaften durch nur einen Vertreter für alle zu beteiligen. Es fiel auf, dass die Bürgergemeinschaft Paradies überhaupt nicht angesprochen wurde, vermutlich mangels organisiertem Vereinsstatus trotz ihrer belegbaren Erfolge (siehe Palmenhaus).

Die Beschränkung auf einen Vertreter der Bürgergemeinschaft ist nicht möglich, weil die Satzung der BGP eine wirksame Außenvertretung durch mindestens zwei geschäftsführende Vorstände vorsieht (4-Augen-Prinzip).

Angesichts der seit Jahren gut funktionierenden ehrenamtlichen Tätigkeiten der Bürgergemeinschaften sollte eine bessere Wahrnehmung erwartet werden dürfen. Ein wie vom Gemeinderat verlangter „konstruktiver Konzeptentwurf“ müsste die Vielfalt der Bürgerinteressen in einem offenen Forum widerspiegeln (siehe die Durchführung der erfolgreichen Mobilitätsforen).

„Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in kommunale Entwicklungs- und Planungsprozesse“ ist seit langem Bestandteil der aktuellen Stadtentwicklungsplanung, bei der seitens unserer BG etliche Mitglieder engagiert waren.

Ein Ergebnis des Bürgerforums Bürgerbeteiligung vom November 2011 war die Forderung nach „Einrichtung einer festen Stelle innerhalb der Verwaltung in Form eines Ombudsmanns.“ (Statistik Bericht 1/2012 Konstanzer Zukunftsforum „Wie kann Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in Konstanz gestärkt werden?“ März 2012, Seite 8).

5. Sonstiges

1. Frau Klöckener beantragte, auf der nächsten Sitzung Referenten für den Erhalt des Grundbuchamtes einzuladen. Ihr wurde zugesagt, für einen ca. 15 minütigen Vortrag Referenten benennen zu können.

2. Herr Stobinski beantragte einen Termin für eine interne Sitzung des Vorstands der BGP anzuberaumen, die bereits auf der Homepage angekündigt wurde. Herr Messmer wird dazu einladen.

Wegen der angestrebten verkürzten Sitzungsdauer wurden weitere TOPs nicht mehr behandelt. Der Leiter schloss die Sitzung um 21.10 Uhr.

Harald Stobinski